

Rudolf Böhmler
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank

Keynote speech

beim F.A.Z. Career in Finance Forum
im Rahmen der 12. Euro Finance Week
in Frankfurt am Main
am 16. November 2009

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 12

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Finanzkrise und ihre Folgen sind immer noch das bestimmende Thema, auch hier bei der Euro Finance Week. Ich fürchte, dieses Thema wird uns auch noch längere Zeit begleiten.

Ich finde es großartig, dass die EURO FINANCE WEEK die Vernetzung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit der Finanzwirtschaft fördert und dem Themenkomplex „Bildung und Karriere“ einen gesonderten Programmteil widmet.

Als das auch für Personalfragen zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank werde ich mir natürlich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, heute kurz über die Bundesbank als Arbeitgeber zu sprechen. Schließlich sind wir stolz darauf, dass die Deutsche Bundesbank für Wirtschaftswissenschaftler nach einer Umfrage der Wirtschaftswoche nach wie vor zu den beliebtesten Arbeitgebern Deutschlands zählt.

Den Hauptteil meiner Ausführungen möchte ich jedoch – wie erwünscht – einer Bestandsaufnahme der aktuellen wirtschaftlichen Situation aus der Sicht der Deutschen Bundesbank widmen.

Vier Fragen sollen dabei im Mittelpunkt stehen:

1. Haben wir die Finanzkrise überwunden?
2. Erholt sich die Realwirtschaft von ihrem schweren Einbruch?
3. Welche Rolle spielt dabei die Geldpolitik?
4. Was kommt auf die Finanzpolitik zu?

Zur ersten Frage: Haben wir die Finanzkrise überwunden?

Vor 14 Monaten führte die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers beinahe zum Super-GAU des gesamten Finanzsystems. Das Signal, das von diesem Ereignis ausging, war tiefe Verunsicherung, die Folge: Panik.

Stellen Sie sich ein voll besetztes Kino vor, in dem es zu brennen beginnt, wo es aber zu wenige Notausgänge gibt. Da bricht auch Panik aus, und jeder versucht, sich in Sicherheit zu bringen.

Auch auf den Finanzmärkten suchten nun plötzlich alle nach dem Notausgang. Dass Lehman von den US-Behörden nicht gerettet wurde, gab den Märkten das Signal, dass niemand mehr sicher sein kann. Denn Vertrauen ist die Grundvoraussetzung für funktionierende Finanzmärkte. Der Lehman-Zusammenbruch zerstörte dieses Vertrauen nachhaltig. Muhammad Yunus, der Nobelpreisträger aus Bangladesch, sagte dazu lapidar: „Die Finanzwelt ist zum Spielcasino verkommen.“

Weltweit flüchteten Finanzmarktteilnehmer aus dem Risiko und suchten Schutz unter dem Dach sicherer Anlagen. Kollektiv sahen sich die Marktteilnehmer zu einem massiven Abbau ihres Verschuldungsgrades gezwungen. Der Preisverfall riskanter Wertpapiere beschleunigte sich dadurch auf breiter Front.

Vom Wegbrechen kurzfristiger Refinanzierungsmöglichkeiten wurde in Deutschland die Hypo Real Estate (HRE) besonders hart getroffen, da ihre irische Tochterbank eine extreme Fristentransformation betrieben hatte, die nun wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Damit war aber die gesamte HRE-Gruppe am Rande des Zusammenbruchs. Gerade einmal zwei Wochen nach dem Lehman-Kollaps hätte dies zu einer Kernschmelze des Finanzsystems geführt.

Es stand unglaublich viel auf dem Spiel im Herbst 2008, aber die Politik und die Notenbanken reagierten besonnen und beherzt:

So wurde zunächst die HRE durch Garantien, Liquiditätsspritzen und später auch Kapitalzuführungen stabilisiert. Mit einer außerordentlich mutigen Patronatserklärung konnten Frau Merkel und Herr Steinbrück die besorgten Sparer beruhigen – ich darf darauf hinweisen, dass die Bundesbank in jenen Tagen bereits schon eine verstärkte Nachfrage nach 500 Euro-Scheinen verzeichnete. Dramatische Tage zeichneten sich ab.

Und vor allen Dingen richtete die Politik, übrigens mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesbank, einen Finanzmarktstabilisierungsfonds ein, den SoFFin. Das Tempo war unglaublich. Regierung und Parlament haben binnen einer Woche hervorragendes geleistet. Mit dem Garantierahmen von maximal 400 Mrd. Euro und bis zu 80 Mrd. Euro für Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen sowie der Ergänzung des Gesetzes um ein sog. Bad Bank-Modell wurde ein Instrumentenkasten geschaffen, mit dem in Schieflage geratenen Finanzinstituten systematisch geholfen werden kann.

Andere Staaten haben ebenfalls massiv interveniert, um ihre Banken zu stabilisieren, wodurch weitere Zusammenbrüche systemrelevanter Finanzinstitute verhindert wurden. Heute wissen wir, dass die führenden Industrienationen etwa 5.000 Mrd. Euro aufgewandt haben, um die Finanzsysteme zu stützen. Eine unglaubliche Summe.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres hat sich die Situation an den Finanzmärkten merklich entspannt. Viele Krisenindikatoren haben das Niveau, das sie vor der Eskalation hatten, wieder erreicht. Das heißt aber nicht, dass die Finanzkrise nun überwunden ist. Es besteht noch immer ein gewisses Rückschlagpotenzial. So müssen die Institute in Folge der Rezession mit steigenden Ausfallraten im klassischen Kreditgeschäft rechnen, was mit weiteren Belastungen der Eigenkapitaldecke verbunden sein wird. Glaubt man den Zahlen des IWF, stehen auch noch erhebliche Wertberichtigungen im Zusammenhang mit den toxisch gewordenen Wertpapieren bevor. Noch vor einigen Wochen ging der IWF von einer Wertberichtigungshöhe von insgesamt 3.400 Mrd. US-Dollar aus. Davon sind offenbar erst 1.400 Mrd. US-Dollar realisiert worden.

Schon heute steht also fest, dass die Finanzkrise einen immensen Schaden angerichtet hat. Deswegen ist es auch so wichtig, dass die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Etwas derartiges darf sich nicht wiederholen.

Das haben die Regierungen der G20 auch erkannt und deshalb in London und Pittsburgh beschlossen, umfassende Reformen für ein stabileres internationales Finanzsystem durchzuführen.

Auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung sind bereits einige Fortschritte gemacht worden. Die entscheidenden Schritte, die das Finanzsystem robuster machen, stehen indes noch aus.

Viele Fragen sind noch zu klären:

- Ist es den Amerikanern Ernst, die Wall Street zu zähmen?
- Wie sehen die neuen Eigenkapitalregeln konkret aus? Einigt man sich auch hinsichtlich der Zusammensetzung des Eigenkapitals?
- Was macht man mit den Großbanken (Stichwort: too big to fail) konkret?
- Einigt man sich auf globale Rechnungslegungsstandards?
- Wird es künftig wirklich keine Finanzmarktprodukte mehr geben, die ohne Aufsicht sind?

Fragen über Fragen.

Die Politik wird enormen Druck aufbauen müssen, dass die internationalen Absprachen von Pittsburgh Realität und nicht durch das Heer von Lobbyisten aufgeweicht werden.

Ich bin davon überzeugt, dass das Zeitfenster für eine neue Finanzarchitektur nicht lange offen ist. Manche befürchten schon, dass das Casino bereits schon wieder geöffnet sei. Wie sagte der weise US-Ökonom Galbraith vor vielen Jahren: „Financial disaster is quickly forgotten.“

Die Finanzmärkte brauchen aber jetzt eine starke Regulierung. Dabei darf „regulieren“ nicht mit „strangulieren“ verwechselt werden. Kaum zu vermeiden dürfte aber sein, dass das Bankgeschäft in Zukunft weniger profitabel und wieder etwas „konservativer“ sein wird. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist dies kein Nachteil.

Zur zweiten Frage: Erholt sich die Realwirtschaft?

Die Schockstarre an den Finanzmärkten im vergangenen Herbst hatte sich auch auf die reale Wirtschaft übertragen. Nicht sofort, aber dann umso heftiger. Nahezu simultan brach weltweit die Konjunktur ein. Natürlich gab es auch vorher schon Anzeichen für eine konjunkturelle Abkühlung, insbesondere in den USA, wo die Krise mit den Problemen auf dem Immobilienmarkt (Stichwort: Subprime-Hypotheken) ihren Anfang genommen hatte. Wir wissen heute, dass es in den USA 2005/2006 3.000 Mrd. US-Dollar an schlecht besicherten Hypothekenkrediten gab.

Die Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008 ging mit einem tiefgreifenden Vertrauensschock einher. Zudem brach im Zuge der Flucht aus dem Risiko auch die Finanzierung internationaler Handelsströme ein, was die Auswirkungen des globalen Nachfrageeinbruchs noch verschärfte.

Sie müssen sich vor Augen führen, dass der Welt-Warenhandel im zweiten Quartal dieses Jahres um mehr als 23 % niedriger lag als im entsprechenden Vorjahresquartal. Deutschlands Warenexporte gingen im selben Zeitraum sogar um fast 26 % zurück. Für die deutsche Wirtschaft, die sehr stark vom Außenhandel abhängt, war dies ein harter Schlag.

Er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Deutschland in die schwerste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet.

Eine ganze Reihe von Konjunkturindikatoren befanden sich im vergangenen Winterhalbjahr geradezu im freien Fall. Um der Gefahr einer Abwärtsspirale entgegenzutreten, legten die Regierungen weltweit Konjunkturprogramme auf. Allein in den USA etwa 800 Mrd. US-Dollar. Zudem begab sich die Geldpolitik weltweit auf einen extrem expansiven Kurs. Wobei – nebenbei bemerkt – EZB und Bundesbank das primäre Ziel, Preisniveaustabilität zu gewährleisten, nie aus den Augen verloren haben. Die makroökonomischen Impulse, aber auch eine merkliche Stimmungsaufhellung dürfen als maßgebliche Faktoren dafür angese-

hen werden, dass die konjunkturelle Talfahrt mittlerweile ihr Ende gefunden hat und immer mehr Zeichen der Erholung erkennbar sind.

Wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte, ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2009 um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich damit weiter aus dem Konjunkturtief heraus. Im Durchschnitt des Jahres 2009 werden wir dennoch ein dickes Minus zu verzeichnen haben. Mit knapp -5 % wird der Rückgang aber nicht ganz so heftig sein, wie noch zur Jahresmitte befürchtet. Aber dennoch: Es ist der mit Abstand höchste Einbruch seit dem 2. Weltkrieg.

Für das nächste Jahr ist wieder mit einem moderaten Wachstum zu rechnen. Die EU-Kommission geht – in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den Forschungsinstituten – von einem Anstieg um 1,2 % aus. Der Sachverständigenrat spricht in seinem aktuellen Jahresgutachten sogar von einem Anstieg um 1,6 %. Eine gehörige Portion Unsicherheit hinsichtlich der Erholung bleibt indes.

Der Arbeitsmarkt hat sich bislang erstaunlich robust gezeigt. Dies entgegen der Befürchtung noch vor einigen Monaten, dass wir 2010 die 5 Mio.-Grenze überschreiten werden. Das fällt besonders deutlich auf, wenn man andere Länder zum Vergleich heranzieht. Die flexible Nutzung von Arbeitszeitkonten und der massive Einsatz von Kurzarbeit – derzeit sind es 1,4 Mio. –, der durch gesetzliche Erleichterungen begünstigt wurde, hat viele Arbeitskräfte bislang vor der Kündigung bewahrt. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten vier Monaten sogar leicht gesunken, wie Ihnen auch Herr Weise, der Chef der Bundesagentur für Arbeit, heute Nachmittag bestimmt berichten wird. Mit einem deutlichen Anstieg in den kommenden Monaten ist aber weiterhin zu rechnen, wenngleich moderater als noch vor wenigen Monaten befürchtet.

Bemerkenswert ist übrigens, dass sich gerade der Finanz- und Versicherungssektor bislang als beschäftigungsrobust gezeigt hat und ein vergleichsweise geringes Entlassungsrisiko aufweist.

Zur dritten Frage: Welche Rolle spielt die Geldpolitik?

Einen sehr wichtigen Beitrag zu der Entspannung auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft hat die Geldpolitik des Eurosystems geleistet.

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten waren quasi von Sommer 2007 an mit Turbulenzen auf dem Interbanken-Geldmarkt verbunden. Die Möglichkeit, sich bei anderen Banken kurzfristige Liquidität zu leihen, war in zunehmendem Maße gestört.

Die Notenbanken des Eurosystems haben dem entgegengewirkt, indem sie das geldpolitische Instrumentarium der Krisensituation angepasst haben und dadurch die Geschäftsbanken mit deutlich mehr Liquidität als üblich versorgen.

Der drastische Konjunkturunbruch im vergangenen Herbst ging mit einem rapiden Rückgang der laufenden Inflationsraten und der Inflationsrisiken einher. Zeitweise wurden sogar Deflationsrisiken erörtert.

Der nachlassende Preisdruck ermöglichte dem EZB-Rat, den Leitzins im Euro-Raum auf ein historisch niedriges Niveau zu senken: 1,0 % müssen Banken derzeit für Liquidität bezahlen, die sie sich bei der Bundesbank oder den anderen Notenbanken des Eurosystems leihen.

Wenn das Geld so billig bleibt, könnte es auf Dauer zu steigender Inflation kommen. Weil die Wirtschaft des Euro-Raums aber weiterhin von einer ungewöhnlich starken Unterauslastung ihrer Kapazitäten geprägt ist und die Kreditvergabe an den privaten Sektor praktisch kaum noch wächst, sind die Risiken für die Preisstabilität auf absehbare Zeit gering.

Der EZB-Rat hält das niedrige Leitzinsniveau daher weiterhin für angemessen, wie er nach seiner letzten Sitzung bekannt gegeben hat.

Klar muss sein, dass die außerordentlich expansive Ausrichtung der Krise geschuldet ist und nicht dauerhaft beibehalten werden kann. Wenn die Konjunktur wieder Tritt fast, spätestens aber wenn bei den Inflationsaussichten die Ampel auf gelb umschaltet, wird der

EZB-Rat seinen geldpolitischen Kurs wieder restriktiver gestalten müssen. Bei den unkonventionellen Maßnahmen, die das Eurosystem durchführt, um den Geldmarkt mit reichlich Liquidität zu versorgen, ist der Einstieg in den Ausstieg angezeigt, wenn sich die Situation auf den Märkten hinreichend entspannt hat.

Die Exitstrategie der Notenbanken ist dabei von besonderer Bedeutung. Hierbei kommt es vor allem auf den richtigen Zeitpunkt an. Kommt die Zinswende zu früh, würgt sie den Aufschwung ab. Kommt sie zu spät, könnte die nächste Blase entstehen. Da der Stabilitätspolitik sowohl bei der EZB als auch bei der Bundesbank erste Priorität zukommt, darf man den Notenbanken Vertrauen schenken. Sie werden auch nicht Plänen die Hand reichen, die hohen Staatsdefizite quasi „wegzuinflationieren“.

Zur vierten Frage: Was kommt auf die Finanzpolitik zu?

Den Einstieg in den Ausstieg muss auch die Finanzpolitik finden. Wie ich schon sagte, haben die Regierungen durch umfangreiche Konjunkturprogramme der Abwärtsspirale entgegengewirkt. Zusammen mit den konjunkturbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen – z. B. bei den gewinnabhängigen Steuern – haben diese diskretionären Maßnahmen aber tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen.

Nach den jüngsten Prognosen der EU-Kommission wird sowohl im nächsten als auch im übernächsten Jahr kein einziges Land des Euro-Raums das Defizitkriterium von Maastricht einhalten! Dabei geht es nicht um geringfügige Überschreitungen der 3 %-Grenze, sondern um sehr deutliche. Schon in diesem Jahr gibt es drei Länder, die sogar zweistellige Defizitquoten aufweisen!

Die Folge ist ein rapide wachsender Schuldenberg. 2007 lag der Schuldenstand im Euro-Raum bei 66 % des BIP, 2011 wird er den Kommissionsprognosen zufolge bei 88 % liegen. Das ist ein Drittel mehr. In einzelnen Ländern „explodiert“ der Schuldenstand förmlich: für Spanien ist eine Verdoppelung gegenüber 2007 zu erwarten, für Irland beinahe die Vervierfachung.

Vor dem Hintergrund solcher „Horrorzahlen“ steht Deutschland vergleichsweise gut da. Doch auch Deutschland wird das Maastricht-Kriterium aller Voraussicht nach bereits in diesem Jahr verletzen, weshalb die EU-Kommission ein Defizitverfahren eröffnet hat.

In den Jahren 2010 und 2011 dürfte die Defizitquote sogar auf eine Größenordnung von etwa 5 % steigen, und dabei sind die defiziterhöhenden Maßnahmen des Koalitionsvertrages noch gar nicht mitgerechnet.

Hinsichtlich der Hoffnung, dass sich die geplanten Steuersenkungen wegen eines höheren Wachstums quasi von selbst finanzieren, sind wir skeptisch.

Spätestens im Jahr 2011 muss Deutschland mit einer umfassenden Konsolidierung beginnen; dies sagte auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am vergangenen Donnerstag zu. Ohne defizitsenkende Maßnahmen in erheblichem Umfang wird die schon für 2012 gebotene Einhaltung der Defizitgrenze nicht gelingen.

Es ist sehr wichtig, dass Deutschland als finanzpolitischer Stabilitätsanker hier mit gutem Beispiel vorangeht, da ansonsten dauerhaft unsolide Staatsfinanzen drohen, die auch die Stabilität der gemeinsamen Währung gefährden. Noch ist die Wirtschaftsentwicklung nicht stabil genug. Aber man darf sich mit der Konsolidierung nicht zu viel Zeit lassen. Eine entschlossene und zügige Rückführung der strukturellen Defizite gebietet im Übrigen auch die jüngst ins Grundgesetz aufgenommene neue Schuldenbremse.

Lassen Sie mich meine Ausführungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise mit folgendem Bild schließen: Wir stehen mit ängstlichem Blick am Strand und schauen aufs Meer. Der Tsunami, der die Finanzwelt hätte wegfeigen können, ist ausgeblieben. Ebenso das Jahrhunderthochwasser, dass die Wirtschaft über viele Jahre lahmlegen hätte können. Der Sand am Strand ist jedoch noch nicht trittfest. Viele Pfützen, deren Tiefe wir nicht kennen, machen immer noch unsicher. Wenn wir Glück haben, können wir aber bereits 2012 an die Zeit vor der Krise anknüpfen. Sicher ist jedoch, dass wir einige verlorene Jahre zu beklagen haben. Der einzige Trost: Es hätte noch schlimmer kommen können.

Nun noch einige Sätze zur Deutschen Bundesbank als Arbeitgeber:

Wenn Deutschland gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen möchte, dann ist es jetzt an der Zeit, langfristig zu investieren. Und zwar in die Bildung und Qualifizierung der Menschen in Deutschland. Verglichen mit anderen Industriestaaten investieren wir einfach zu wenig Geld in die Bildung. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung werden wir vermutlich im Zeitraum von 2005-2030 einen Rückgang der Hochqualifizierten um 40 % erleben. Demgegenüber wird die Zahl der Geringqualifizierten in den kommenden Jahren um 10 % zunehmen.

Damit einhergehend wird der Wettbewerb um „die besten Köpfe“ in Zukunft immer härter werden. Etwas martialisch spricht man auch vom „war for talents“. Nur gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern Unternehmen die notwendige Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt auch für die Deutsche Bundesbank.

Lassen Sie mich am Beispiel der Deutschen Bundesbank erläutern, wie wir bislang auf diese Entwicklungen reagiert haben. Die Bundesbank hat ihren Personalbestand seit 2002 wegen des strukturellen Wandels der Bank um 33 % – konkret um 4.900 Stellen – reduziert. Trotz dieses enormen Personalabbaus haben wir selbst in dieser Zeit 1.600 Einstellungen vorgenommen und planen bis 2020 weitere 2.000 Einstellungen. Die Chancen und Möglichkeiten für hochqualifizierte Einsteiger haben sich nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall!

Personal wurde durch technischen Fortschritt vor allem im Bargeldbereich eingespart. In unserer Zentrale hier in Frankfurt sind im Zuge der europäischen Währungsintegration hingegen viele Stellen für Hochschulabsolventen geschaffen worden. Und dieser Prozess wird sich fortsetzen. Denken Sie nur an die Aufgaben, die die verstärkte internationale Kooperation in den Bereichen Finanzstabilität und Bankenaufsicht mit sich bringen wird.

Trotz des allgemeinen Personalabbaus haben wir also kontinuierlich Hochschulabsolventinnen und -absolventen eingestellt und konnten so den Zuwachs an hochqualifizierten Tätigkeiten gut bewältigen. Das wird auch so bleiben. Wir werden für gut ausgebildete und

motivierte Absolventinnen und Absolventen weiterhin attraktive Einstiegsmöglichkeiten in komplexe und international geprägte Aufgabenfelder bieten.

Wir widmen uns auch dem Aspekt des lebenslangen Lernens. Durch ein breites Spektrum an Fortbildungsangeboten eröffnen wir unseren Beschäftigten Möglichkeiten, sich in ihrem aktuellen Arbeitsgebiet weiterzuentwickeln. Mit Qualifizierungsprogrammen geben wir ihnen die Chance, Kenntnisse auf neuen Fachgebieten zu erwerben und dort Erfahrungen zu sammeln. So verbessern wir die – wie es neudeutsch heißt – „employability“ unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und können so auch größere Umstrukturierungen bewältigen.

Daneben bieten wir aber auch individuelle Personalentwicklungskonzepte für unseren Führungsnachwuchs an. Durch systematische Kompetenzanalyse aller akademischen Nachwuchskräfte können wir das Potenzial unserer jungen Leute besser erkennen. So können wir den Beschäftigten gerade in Führungspositionen neue Möglichkeiten eröffnen. Ich denke, dass hierbei auch Frauen gute Chancen haben werden. Sie sind in unseren Führungsetagen leider noch unterrepräsentiert. Seit sieben Monaten bin ich Personalvorstand der Deutschen Bundesbank. Gerade in diesem Bereich gibt es viel für mich zu tun.

Zusammenfassend kann man damit sagen, dass die Bundesbank viel tut, um auch weiterhin die besten Köpfe für sich zu gewinnen und damit weiterhin für Sie – als hochqualifizierte und motivierte Berufseinsteiger – attraktiv sein wird.

Dies ist meine Botschaft im Konkreten – und im Allgemeinen muss man heute niemandem abraten, eine Karriere in der Bankenwelt anzustreben.

Für Ihren persönlichen Berufseinstieg wünsche ich Ihnen jedenfalls alles Gute.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *